

Gewerkschaften und Rechtsextremismus

Hermann Lutz, geb. 1938 in Erfurt, seit 1957 im Polizeidienst, ist hauptberuflich Dozent für Polizei- und Politikwissenschaft an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Rheinland-Pfalz. 1976 wurde er Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Rheinland-Pfalz, seit November 1986 ist er deren Bundesvorsitzender.

I.

Das Abschneiden der „Republikaner“ bei den Wahlen in Berlin hat die Gewerkschaften ebenso überrascht wie nahezu alle etablierten Parteien und die meisten gesellschaftlichen Institutionen. Zu der Überraschung gesellte sich der Schrecken, nachdem klar war, daß selbst die Mitgliedschaft eines Arbeitnehmers in einer DGB-Gewerkschaft nicht gegen den rechtsextremen Virus immun macht. Schließlich machte sich mancherorts eine - menschlich verständliche - Erleichterung breit, nachdem offenbar „nur“ Polizeibesetzte mit ihrer Stimme den demokratischen Offenbarungseid geleistet hatten. Immerhin kandidierten gleich fünf von ihnen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen - und außerdem hatte es Schönhuber selbst behauptet. Alte Feindbilder stimmten wieder.

Ein alternativer Verlag montierte schnell eine Anzeige, in der ein alter Schinken angepriesen wurde: darin ein Bild marschierender SA-Männer mit „Republikaner“-Emblem und der Überschrift „Die Polizisten-Partei“. „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ drang wieder frisch aus den

Kehlen der Scharen von Demonstranten, die jede Zusammenkunft kleiner und kleinster „Republikaner“-Häufchen mit überproportionaler Anwesenheit belohnten. Wochenlang wurde eine Prozentsatzdiskussion über Polizisten bei den „Republikanern“ und umgekehrt geführt, die dann von der Ausschlussdiskussion abgelöst wurde.

Wohin aber ausschließen? Aus der Gewerkschaft der Polizei, aus der Polizei, aus der Bundesrepublik? Manche derer, die aus gutgemeinten Gründen in den siebziger Jahren „Berufsverbote“, „Verfassungsschutz-Beobachtung“ und „Polizeistaat-Methoden“ anprangerten, holten diese „Instrumente der Gruselkammer eines demokratischen Rechtsstaats“ nun wieder hervor und wollten sie gegen die neue Gruppierung eingesetzt wissen. Die nicht undeutsche Frage: „Wie sehen sie aus, wo sind sie und was machen wir mit ihnen?“ ist bis heute nicht schlüssig beantwortet. Zuviel Erstaunliches brachten die Recherchen. Da kämpften Polizisten und Journalisten gleichermaßen um Spitzenpositionen in der neuen Partei; da wurden alte Gesichter der rechtsextremen und -radikalen Altverbände sichtbar; da traten viel zu viele Junge hervor, als daß man den älteren Generationen alles ankreiden könnte; da gaben sich Stammtischbrüder mit Schickis und Mickis ein Stelldichein; da wurde viel politische Schlichtheit sichtbar - aber neuerdings wurden auch Kandidaten für die „Intellektualisierung der Partei“ genannt, was in diesem Zusammenhang wie „Säuberung“ klingt.

Auch in den Gewerkschaften des DGB - und eben nicht nur in der Gewerkschaft der Polizei - beobachtete man mit nicht geringer Sorge und festen Anhaltspunkten, daß über zahlreiche unangenehme Alltagsthemen zunehmend laut gedacht wurde, über die vorher, weil sie als nicht gesellschaftsfähig galten, allenfalls leise gemurmelt worden war. Mit der Konsequenz, daß über die Republikaner immer häufiger zu hören war: „Ich habe die zwar nicht gewählt, aber unrecht haben sie nicht.“ Ein Schwall bisher verschwiegener Neigungen weht - wie schon einmal Ende der sechziger Jahre - durch Kneipen, Betriebe, Saunen, öffentliche Verkehrsmittel und Leserbriefspalten.

Plötzlich ist es möglich, auch in Anwesenheit Unbekannter laut Ausländerwitze zu reißen, junge Türken anzupöbeln oder im Kreise von Arbeitskollegen „mal ganz im Ernst“ die von Schönhuber erkannten Bedrohungen unseres Kulturkreises, vor allem aber unseres Wohlstandes zu diskutieren. Märchenhafte Unternehmensgewinne, Kapitaltransfer, Personaleinsparungen und Rationalisierungen schrumpfen dabei auf Bagatellgröße - angesichts volkswirtschaftlich katastrophaler Ausgaben von „80 DM bar auf die Hand für jeden Asylanten.“ Da kennt jeder einen, der eine alleinerziehende Mutter von drei Kindern kennt, die auf dem Wohnungsamt hinter die Ansprüche von „Aussiedlern“ zurücktreten mußte. „Aussiedler“ ist zum Sammelbegriff geworden für all jene hinter dem „eisernen Vorhang“, für die noch vor Jahren Kerzen in die Fenster gestellt wurden. Da wird das Kopftuch der Türkin zum unüberwindlichen Trennungszeichen zweier Kulturkreise, obwohl sich die Türkinnen

längst daran gewöhnt haben, daß deutsche Frauen keines tragen. Und überhaupt, so Schönhuber: „. . . wir sind nicht das Sozialamt des Mittelmeerraumes.“ Im Klartext heißt das nichts anderes als daß jene, die vor 40 Jahren auf andere angewiesen waren, um nicht zugrunde zu gehen, nichts abgeben wollen.

Betrachtet man - kein Polizist, kein Arbeitnehmer kann es übersehen - die Rücksichtslosigkeit im Straßenverkehr und im Berufsleben, die wachsende Gewalt gegen Kinder und Frauen als Indikatoren für das gesamte Verhalten im Umgang miteinander, so könnte man meinen, die Bundesrepublik erlebe nach 40 Jahren nicht ihre Midlife-Crisis, sondern ihre Flegeljahre. Da paßt natürlich ein intellektueller Halbstarke ins Bild, der in Bierzelten politische Gewaltphantasien auszuschwitzen ebenso vermag, wie er sich in einem WELT-Streitgespräch mit keinem Geringeren als Peter Glotz rabulistisch wertvoll als Feuerwehrmann darstellen kann: „Ja wollen wir denn wirklich die Augen verschließen, daß, wenn diese Entwicklung so weitertreibt, wir in der Tat einem schrecklichen Ausländerhaß entgegenreiben? Ich meine, es ist sehr leicht, über diese Dinge zu reden, wenn man nicht neben einem Asylantenheim wohnt. Ausländer raus ist die dümmste Parole, sie ist nicht nur dumm, sie ist inhuman. Aber können wir nicht versuchen, wenigstens diesen Strom, der immer noch kommt, einzudämmen?“ (Zitat Schönhuber, nicht Glotz)

II.

Die Gewerkschaften haben viel zu viel Zeit mit Prozent- und Ausschlußdiskussionen verloren - ohne daß diese zu einem befriedigenden Ende geführt worden wären. Die Republikaner sind keine „Polizistenpartei“, und Deutschlands Polizisten sind weit davon entfernt, Faschisten zu sein. Auch wenn es verständlich ist, daß eine undemokratische Einstellung eines Polizeibeamten mehr Besorgnisse erregt als die eines Lokführers, weil der Polizeibeamte der Verfassung besonders verpflichtet und zu Eingriffen in die verfassungsmäßigen Rechte eines Bürgers berechtigt ist, wäre es gefährlich, ihn als den Archetypen einer ansonsten ausgestorbenen Gattung zu diskriminieren. Von dem Kölner Soziologen Alphons Silbermann stammt der Satz: „Fremdenfeindschaft, Antisemitismus und Kommunismhaß sind Kinder der gleichen Eltern.“ In einer empirischen Studie mit dem provokanten Titel „Sind wir Antisemiten?“ kam er zu dem Ergebnis, daß seit Bestehen der Bundesrepublik ein Potential von gleichbleibend 20 Prozent der Bürger „antisemitische Vorurteile“ haben. Das „Hamburger Abendblatt“ zitierte am 2. Februar 1989 den Berliner Historiker und Faschismusforscher Wolfgang Wippermann, der davon ausgeht, daß ein Teil dieses Potentials bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen von den Republikanern „mobilisiert“ worden sei, wobei der Antisemitismus ohne weiteres gegen andere Vorurteile austauschbar sei. Wippermann: „Die Republikaner hätten auch 20 Prozent bekommen können.“ Das benutzte Schema sei immer gleich: Bestimmte Gruppen, in diesem Fall Türken und

Chaoten, werden für alle Misere schuldig gemacht; das Verschwinden dieser Gruppen mit der Lösung aller Probleme gleichgesetzt.

Ähnliche Analysen sind beim Erstarken der NPD Mitte bis Ende der sechziger Jahre angestellt worden. Auch die Sinus-Studie vom Anfang der achtziger Jahre stellte fest, daß in der Bundesrepublik rund 13 Prozent der Bevölkerung ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild haben und weitere rund 20 Prozent extremistischen rechten Forderungen durchaus aufgeschlossen gegenüberstehen. Daraus wird das Gefahrenpotential deutlich. Aber es ist daran auch zu erkennen, daß es sich als folgenschwerer Irrtum erweisen könnte, die Erfolge der „Republikaner“ nur auf ein Protestpotential und dessen Beweggründe reduzieren zu wollen.

Kritisiert wird daher mehr und mehr die These, es handle sich bei dem Wähler der „Republikaner“ um einen „Protestwähler von heute“, der sich zum rechtsradikalen Wähler von morgen weiterentwickeln könnte.¹ Dazu schreibt Armin Pfahl in der „Süddeutschen Zeitung“: „Die Ergebnisse dreier repräsentativer Umfragen des Emnid-Institutes . . . zeigen deutlich: die Wähler der Schönhuber-Partei verfügen bereits über eine rechtsextreme Einstellung, sie ist unter anderem durch einen rassistischen Fremdenhaß, antisemitische Ressentiments und positive Bezüge zur NS-Herrschaft gekennzeichnet. Wie schon eine Reihe von früheren empirischen Untersuchungen belegt, existiert ein nicht zu unterschätzendes Potential mit einer latent rechtsextremen Einstellung in der bundesdeutschen Bevölkerung. Der die Wahlentscheidung beeinflussende Sozialprotest der ‚Modernisierungsoffer‘ (Klönne) korrespondiert also durchaus mit einer rechtsextremen Ideologie. Anders könne nicht erklärt werden, warum diese Wähler nicht die als Protestpartei geltenden Grünen gewählt haben.“

Die Söhne und Töchter dieser Gesellschaft, die zur Polizei gehen, weisen einen ziemlich repräsentativen Querschnitt durch Haltungen und Einstellungen in dieser Gesellschaft auf, wie es in jedem anderen Berufsstand auch der Fall ist. In ihrem täglichen Dienst stehen sie aber - im Gegensatz etwa zum Bäckermeister oder der Büroangestellten - direkt vor eben den sozialen Spannungen, die als Gründe für Vorurteile und Aggressionen mit verantwortlich sind. Daß ein 30jähriger Polizeibeamter in seiner 10jährigen Dienstzeit bereits mehr Mord und Totschlag, Prostitution und Familienschlägereien zu sehen bekommt, als ein Dutzend 90jähriger während ihres gesamten Lebens, mag für den einen oder anderen ein Grund sein, sich von der kritischen Auseinandersetzung komplexer Problemfelder zurückzuziehen, von der Herbert Gruhl meint: „Selbst der Zustand des täglichen Lebens hat einen Grad der Kompliziertheit erreicht, daß jede Orientierung verloren zu gehen droht. Um ein Problem beurteilen zu können, müssen alle Verflechtungen, Nebenwirkungen, Fernwirkungen in räumliche und zeitliche Dimensionen erkannt und bewertet werden.“ Die Vielfalt menschlicher Bedürfnisse, Anschauungsweisen und Lebensumstände fügen dem sachlichen Bereich eine weitere Dimension an

¹ So in: Kurt Hirsch/Hans Sarkowicz, Schönhuber. Der Politiker und seine Kreise, Frankfurt/M. 1989.

Kompliziertheit hinzu. Vielleicht ist es diese Kompliziertheit, die eine Sehnsucht nach der großen Vereinfachung weckt, nach der simplen Antwort, dem klar umrissenen Lebensmodell.

III.

Die Beamtinnen und Beamten der Polizei fühlen sich heute auf der Straße verheizt. Die GdP hat vor Jahren schon erklärt - unter anderem bei ihrer Veranstaltung „Frieden nach innen“ 1982 in der Paulskirche in Frankfurt: „. . . daß gerade Umdenkungsprozesse ihre Zeit brauchen. Erinnern wir uns. Die Denkanstöße, die die Gewerkschaft der Polizei auf gesellschaftspolitischem Gebiet gegeben hat, sind nicht immer sofort auf fruchtbaren Boden gefallen. Schon vor Jahren haben wir den Politikern vorgehalten, ihre Entscheidungen dem Bürger nicht genügend deutlich gemacht zu haben.“ Die Reihe der Beispiele dafür ist lang: Fahrpreiserhöhungen, Hausbesetzungen, Auseinandersetzungen um den Bau von Kernkraftwerken oder um die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Unzählige Wochenend- und Nachteinsätze, persönliche Beleidigungen und schwere Verletzungen haben Polizeibeamte zum Beispiel dort erlebt, wo heute darüber diskutiert wird, ob man lieber Solarzellen oder Autos, Küchengeräte oder Schleusentore produzieren soll.

Gerade weil man auch von einem Polizisten nicht erwarten soll, daß er stur seine Pflicht tut, muß man ihm auch konzedieren, daß er angesichts von Entwicklungen solcher Tragweite ab und zu die Welt nicht mehr versteht. In diesem Zusammenhang möchte ich aus dem Brief eines Polizeibeamten aus Heppenheim zitieren: „Ich habe ein Recht zu verstehen, was ich als Polizist tue; mich mit meiner Arbeit zu identifizieren; sie anderen und mir gegenüber zu vertreten.“ Nicht nur Polizeibeamte erleben heutzutage Sinnkrisen; sie finden sich bei Arbeitnehmern anderer Bereiche ebenso wie in der Politik und in der Gewerkschaftspolitik.

In solchen Sinnkrisen erfüllen Vorurteile die Funktion, die eigene Identität wieder herzustellen. Das Ausräumen von Vorurteilen wird dadurch schwierig gemacht, daß ihre Funktion umgehend mit anderen Vorurteilen besetzt werden muß. Mit Sinn- und Identitätskrisen umgehen zu lernen ist eine wenig verbreitete Disziplin. Wem es zum Beispiel wirklich Sorge bereitet, „daß das Anwachsen der Ausländerkriminalität“ zu einer akuten Bedrohung der eigenen Habe und des eigenen Lebens wird, könnte ja leicht beruhigt werden: Das Bundeskriminalamt - sicherlich über den Vorwurf erhaben, eine linke Kadenschmiede zu sein - stellte auf einem mehrtägigen Symposium im Herbst 1988 fest, daß eine Kriminalisierung von Ausländern völlig unberechtigt ist. Zwar stimmt es, daß der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger insgesamt - auch nach Abzug der Touristen, Durchreisenden, Illegalen und Stationierungskräfte - höher ist, als dies dem prozentualen Bevölkerungsanteil entspricht. Das ist aber vor dem Hintergrund zu sehen, daß

- der Frauenanteil deutlich unter dem der Deutschen liegt;
- der Anteil der Männer zwischen 21 und 40 Jahren weit über dem der Deutschen liegt;
- ein Großteil von Verstößen nur von Ausländern begangen werden kann (Ausländer- und Asylverfahrensgesetz);
- der Anteil der Nichtdeutschen an der sozialen Unterschicht höher liegt als bei den Deutschen;
- andere Wert- und Rechtsvorstellungen maßgeblich sind;
- die Kriminalstatistik nicht mit der Verurteiltenstatistik gleichzusetzen ist (allen Fachleuten ist bewußt, daß Ausländer eher verdächtigt werden als Deutsche).

Experten des BKA sehen dementsprechend in dem Vorwurf der besorgniserregenden Ausländerkriminalität nur eine anhaltende Stimmungsmache, die geeignet ist, von den wirklichen Problemen abzulenken.

Auch wer sich vor einer „Überfremdung“ (was immer das sein mag) fürchtet, kann beruhigt werden: In der Bundesrepublik leben 4,1 Millionen Ausländer, das sind 6,9 Prozent der Bevölkerung (anzunehmen, daß es sich bei den restlichen 93,1 Prozent ausschließlich um gute und sympathische Zeitgenossen handelt, traut sich wohl auch der eingefleischteste Fremdenhasser nicht). Frankreich hingegen lebt mit 8 Prozent ausländischer Mitbürger, Belgien mit 9 Prozent, die Niederlande mit 10 Prozent, und die Schweiz ist mit einem Anteil von 14 Prozent bisher auch nicht zugrunde gegangen.

Es ist schon außerordentlich problematisch, daß man mit Prozentsätzen argumentieren muß, um dem Gerede von der „Gefahr der Überfremdung durch Ausländer“ entgegenzutreten. Wie müssen Menschen anderer Nationalitäten, die auf deutschem Boden leben, im Jahre 1989 fühlen, wenn es von ihnen beschwichtigend heißt: „Keine Angst, es sind nicht viele.“

IV.

Kommen wir zu den sogenannten „Werten“: Die Republikaner wandten sich in ihrem Berliner Wahlprogramm gegen die „zunehmende Verwahrlosung des öffentlichen Rechtsempfindens“. Ähnliche Aussagen findet man auch bei anderen Parteien. Bei den Republikanern wird sie durch den Zusammenhang interessant, in den sie gestellt ist: Da ist zugleich von „Überfremdung“, „Scheinasyllanten“, „Auflösung jeglicher Wertvorstellung“, „Vernachlässigung der Rechte der deutschen Nation“ die Rede. Ähnlich pauschal und schwülstig klingen die folgenden Formulierungen: „Früher: Wie schützen wir den Verbrecher vor Strafe? So fragte das System ... Heute: Wie schützen wir das Volk vor dem Verbrecher? So fragt das neue Deutschland.“ Woher dieses Zitat stammt? Aus einem Wahlauftritt der NSDAP, der folgende Antwort gibt: „Das Volk ist geschützt vor dem Verbrecher durch einen starken, anständigen Staat. Das dankst Du Adolf Hitler am 29. März mit Deiner Stimme“.

„Ein starker, anständiger Staat" - Schönhuber formuliert auffallend ähnlich: „Wir sind die deutschen Patrioten, die neue Kraft, die wieder Sauberkeit und Ordnung schafft". Beides, Sauberkeit und Ordnung, sind ebenso wie Ehrlichkeit und Anständigkeit, Sekundärtugenden, die man zweifellos hoch in Ehren halten sollte - allerdings nach vorheriger Klärung der entscheidenden Frage: Sauberkeit und Ordnung - wozu? Es muß der Zweck beschrieben sein, ehe die Mittel bewertet werden können.

Das Programm der „Republikaner" ist randvoll von Formulierungen, die in seriösem Gewände einherkommen und auf überreizte Gemüter wie Beruhigungsmittel wirken. Die „Süddeutsche Zeitung" schreibt: „Gelingt es den Republikanern, sich ein seriöses Image zu geben, dürften sie angesichts der gegenwärtigen politischen Situation weiterhin Wahlerfolge verbuchen können. 1972 schrieb ein Journalist: ‚Echte politische Gefährlichkeit kam meistens im gut bürgerlichen Gewand'. Der Name: Franz Schönhuber." Im Gewand des Biedermannes sind immer schon Brandstifter einhergegangen. Diese Erfahrung scheint die allgemeine politische Bildungsarbeit zu wenig berücksichtigt zu haben. Deshalb sind nun erhöhte Anstrengungen an die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu stellen. Es kann nicht genug hervorgehoben werden, was der ökumenische Vorbereitungsausschuß zur „Woche der ausländischen Mitbürger" und der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes anläßlich des „Internationalen Tages zur Beseitigung der Rassendiskriminierung" der Vereinten Nationen am 21. März 1989 veröffentlicht haben: Alle verantwortlich denkenden Deutschen sind aufgerufen, einem von neuem erwachenden Nationalismus zu widerstehen. Jeder sollte

- im Bekanntenkreis dazu beitragen, daß Ausländerhetze, rassistischen und europafeindlichen Vorstellungen widersprochen wird;
- Leserbriefe an Zeitungen schreiben, wenn einseitig oder negativ über Ausländer, Asylsuchende und Aussiedler berichtet wird, und positive Beispiele aufzeigen;
- sich gegen menschenverachtende Witze über Ausländerinnen und Ausländer wenden;
- sich über ausländerfeindliche Parolen an Gebäuden und Häusern beschweren und dafür sorgen, daß diese entfernt werden;
- die mitmenschlichen Kontakte zu seinen ausländischen Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz intensivieren;
- Ausländer einladen und die in der Hausgemeinschaft wohnenden Ausländer besuchen;
- in Ausländerarbeitsgruppen von Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Parteien, Vereinen oder Initiativgruppen mitarbeiten.

In Gesetzgebung und praktischer Politik sollten die Gewerkschaften darauf hinwirken, daß die soziale Infrastruktur so erneuert wird, daß ein Zusammenleben in einem der wohlhabendsten Länder der Welt ohne Benachteiligung einzelner Gruppen möglich ist. Mit Argusaugen ist darauf zu achten, daß

soziale Brennpunkte nicht administrativ und damit künstlich geschaffen werden. „Der Spiegel“ brachte das Dilemma der Asylanten in seiner Ausgabe vom 7. Juli 1989 auf den Punkt: „Die Vorschriften des Asylrechts schreiben für Flüchtlinge, die auf ihre Anerkennung warten, Wohnverhältnisse vor, die sozial extrem unverträglich sind: Gemeinschaftsunterkünfte ohne jede Privatsphäre, erzwungene Armut und Langeweile durch Arbeitsverbote.“

Die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit einer sozialen Politik ist der Markstein zur Sicherung des sozialen Friedens und der demokratischen Verfassung. Wird diese Zukunftsaufgabe nicht gelöst, überläßt man radikalen und extremen Gruppen das Feld.

Nicht nur aus der Vergangenheit, sondern auch aus der Zusammenarbeit mit der Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International heute wissen wir, daß die Überwindung nationalistischen und extremistischen Gedankengutes eine Überlebensaufgabe ist: Gewerkschafter waren und sind die ersten Opfer aller Diktaturen auf dieser Welt!